

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pfg.

Genussprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Beträubender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weixen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Lokalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Breitenhain, Mantelstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalke mit Zandberg, Jähndorf, Kaufbach, Keffelsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lohzen, Mohorn, Mültitz-Roitzsch, Münzig, Neufkirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Böhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Samsdorf, Schmedewalde, Sora, Steinbach bei Keffelsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Speichshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropf, Wilsberg.

Druck und Verlag von Arthur Schunk, Wilsdruff. Für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Inseratenteil: Arthur Schunk, beide in Wilsdruff.

No. 62.

Dienstag, den 2. Juni 1908.

67. Jahrg.

Der unterzeichnete Amtshauptmann wird
Mittwoch, den 10. Juni d. J.
von Nachmittag 4 Uhr ab im Gasthof zum weißen Adler in Wilsdruff

Amtstag

abhalten, wozu die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff hiermit eingeladen werden.

Weixen, den 27. Mai 1908.

Amtshauptmann Freiherr von Der.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die hierseitige Veröffentlichung vom 13. September 1897 wird darauf hingewiesen, dass öffentliche Ankündigungen nur an der an der Giebelseite des hiesigen Rathhauses angebrachten Plakattafel anzuschlagen sind.

Wilsdruff, am 30. Mai 1908.

Der Bürgermeister.
Kahlberger.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten für Abtragen des Rathhauses, sowie Streichen der Fenster und Türen sollen zur baldigsten Ausführung vergeben werden. Die hierfür aufgestellten Bedingungen liegen in der hiesigen Ratskanzlei zur Einsichtnahme aus. Angebote sind bis zum 11. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr bei uns einzureichen. Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Wilsdruff, am 1. Juni 1908.

Der Stadtrat.
Kahlberger.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie am Gemeindegeweg von Groitzsch nach Berne liegt bei dem Postamt Mültitz-Roitzsch (Amtsh. Weixen) vom 3. Juni ab 4 Wochen aus.

Dresden-A., 29. Mai 1908.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 1. Juni.

Das Meinesdesverfahren gegen den Fürsten Eulenburg.

Einer Korrespondenz-Nachricht zufolge strebt die Staatsanwaltschaft es an, das Verfahren gegen den des Meinesdes verdächtigen Fürsten Eulenburg noch in der gegen Ende Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode zur Aburteilung vor den Geschworenen zu bringen, — also noch vor den Gerichtsferien.

Vor dreißig Jahren.

am 31. Mai 1878, ereignete sich im englischen Kanal bei Folkestone eine tragische Schiffskatastrophe, die der deutschen Marine den schwersten Totalverlust brachte. Am genannten Tage befanden sich die stolze Panzerfregatte „Großer Kurfürst“ und das Linienkreuzer „König Wilhelm“ zur Uebung im Kanal. Durch Missverständnisse kam es zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen beiden Schiffen. Der Kampfsporn des „König Wilhelm“ bohrte sich mittschiffs in den „Großen Kurfürst“ hinein. Nach kaum fünf Minuten kenterte das gewaltige Schiff und verdriftete in den Fluten. Auf den anderen Schiffen wurde die furchtbare Gefahr nicht sogleich erkannt und leider zu spät kamen ihre Rettungsboote an, die zwar 218 Mann retten konnten, aber dennoch blühten 269 Mann ihr Leben ein. Ein furchtbarer Verlust für die deutsche Marine; der Zahl nach bisher das schwerste Unglück. Ein kurzer Ueberblick beweist dies. Mit „Frauenlob“, der am 2. September 1860 in einen Teufel ist Ostasien geriet, gingen 4 Offiziere und 50 Mann unter. Die Segelkorvette „Amazona“ ist mit einer Besatzung von 145 Mann verschollen, mutmaßlich am 14. November 1861 in einem Orkan in der Nordsee gesunken. Ebenfalls mit Mann und Maus verschollen ist S. M. S. „Augusta“, welche am 1. Juni 1885 Perim im Roten Meere verließ und anscheinend einem in jener Zeit herrschenden Teufel zum Opfer gefallen ist. Im Frühjahr 1889 wurden der Kreuzer „Adler“ und das Kanonenboot „Eber“ vor den Samoa-Inseln von einem Seebeben aufs Riff geschleudert und 92 deutsche Seeleute ertranken in den Fluten. Am 23. Juni 1896 gingen in Ostasien die 71 Helden vom „Blis“ mit ihrem Schiff zu Grunde. Als am 16. Dezember 1900 das Schulschiff „Gneisenau“ an der Mole von Malaga zerbrach, mussten 36 junge Menschen ihr Leben lassen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen Bauern und Gendarmen

hat sich in dem galizischen Ort Czernikow ereignet. Die fischreichen Teiche auf dem Gute des Grafen Korytowski in der Nähe von Czernikow sind seit alter Zeit im Grundbesitz eingetragen, aber trotzdem kommt es stets zu Konflikten zwischen der Gutsverwaltung und den Bauern wegen widerrechtlicher Fischerei. Aus demselben Grunde erhoben Graf Korytowsky und dessen Sohn, ein Manertrittmeister, in der verfloffenen Woche Beschwerde bei der Statthalterei, und es wurde ihnen zugesichert, daß die Organe der Behörden streng angewiesen werden würden, dem Fischdiebstahl ein Ende zu machen. Als nun am Dienstag, so berichtet man dem „B. L.“, eine Bäuerin von Czernikow wegen Fischdiebstahls ihres Sohnes von

Gendarmen verhaftet worden war, rottete sich die ganze Gemeinde zusammen, um die Verletzung der Verhafteten gewaltsam zu erzwingen. Ein blinder Schuss soll vom Förster des Grafen Korytowski auf die Gendarmen abgegeben worden sein, um diesen Grund zum Gebrauch der Waffe zu geben. Darauf erfolgte dann die eine Salve der Gendarmen, wodurch neun Bauern getötet und fünfzehn schwer verletzt wurden. Unter den Getöteten befinden sich zwei Frauen und ein Kind. Die Bauern türmten zur Kirche und löseten Sturm. Dann forderten sie die Auslieferung des Försters des Grafen Korytowski. Einem schwer verwundeten Bauern mußte in Larnopol der Fuß amputiert werden. Wegen der ungeheueren Aufregung der Bauern ist für das Begräbnis der Erschossenen Militär requiriert worden. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus kam die Sache am Mittwoch zur Sprache. Der Minister von Benerth sagte die strengste Untersuchung zu.

Der Staatsanwalt als Angeklagter.

Gegen den Distriktsstaatsanwalt Jerome wird in New-York gegenwärtig eine äußerst scharfe Agitation betrieben. Eine Anzahl von Begnern Jeromes hat eine Petition eingereicht, in der seine Entlassung aus dem Amte gefordert wird. In dem Schriftsatz, mit dem der Rechtsbeistand der Betenten, Franklin Pierce, dieses Verlangen begründet, wird an Jeromes Charakter und Tätigkeit eine geradezu vernichtende Kritik geübt. Es heißt darin unter anderem, daß unter seiner Amtsführung die Verhältnisse in New-York für die Bevölkerung hundertmal schlimmer geworden seien, als wenn sie unter einer Mörderhand lebte. Gewen die City-Gerichtshöfe wird der Vorwurf der Bestechlichkeit erhoben. Jerome zeige eine verbrecherische Untätigkeit; er sei ein Spieler und allerlei schlimmen Einflüssen zugänglich. Seine Beibehaltung im Amte müßte daher zu unerhörten Mißständen führen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Verzeichnisse für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 1. Juni.

— Zur Frage der Neuregelung der Beamtengehälter schreibt die „Sächsische Industrie“ in ihrer Nr. 16 vom 25. Mai: „Mit sehr begrifflicher Aufmerksamkeit ist in den weitesten Kreisen die Regierungsvorlage über die Neuregelung der sächsischen Beamtengehälter aufgenommen worden, die dem Landtage am 11. Mai zugeht. Man kann der Vorlage das Lob nicht versagen, daß sie in großzügiger Weise „ganze Arbeit“ leistet will auf dem Gebiete, das bisher stark vernachlässigt und auch durch allerhand Fickwerk von kleinen Reformen arg verwirrt war. Für Beamtenbesoldung zahlt der sächsische Staat nach dem jetzigen Staatshaushaltpläne im Durchschnitt jährlich 83876000 Mark; diese Summe soll nach der neuen Vorlage auf 72167000 Mark erhöht werden. Der jährliche Mehraufwand soll also 8291000 Mark oder rund 10 Prozent der bisherigen Bezüge betragen. Dazu kommen aber auch noch 87000 Mark für Beamte, die nicht nach dem Dienstalter aufrücken, 321000 Mark für Verfügungsgelder, 60000 Mark für Hofbeamte und Diener (die aus der Zivilliste befolgt werden), 700000 Mark für die Volksschullehrer, 500000 Mark für

die Geistlichen, 2000000 Mark für Erhöhung der Pensionen und 1000000 Mark für die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Insgesamt ergibt sich ohne Berücksichtigung des künftigen Anwachsens der Pensionslast eine Mehrbelastung der Staatskasse um 13 Millionen Mark. Das ist ein Posten, der für einen Staatshaushalt wie den sächsischen von gewiß nicht geringer Bedeutung ist. Vergleichsweise sei bemerkt, daß der Gesamtbeitrag der sächsischen Einkommensteuer nach den letzten Ergebnissen sich auf 47515000 jährlich beläuft. Also die Summe, die künftig vom Staat an Gehältern, Löhnen und Pensionen mehr bezahlt werden soll, beträgt rund weit über ein Viertel des gesamten Ertrages der Einkommensteuer. Daher erklärte die Regierung auch, daß sie das Fortbestehen des jetzigen, seit 1902 im 25. Prozent erhöhten Einkommensteuer-Tarifes zur Voraussetzung der geplanten Gehältererhöhungen mache. Jeder sächsische Steuerzahler sieht sich also in unmittelbarer Fühlung mit der geplanten Erhöhung der Beamtengehälter gesetzt. Das gilt nicht zum wenigsten von den Kreisen der Industrie und des Handels, die ja den weitaus größten Teil der sächsischen Einkommensteuer in Sachsen tragen. Wir zweifeln nicht daran, daß man besonders auch in den Kreisen der Geschäftsleute der sächsischen Beamtenenschaft die geplante, sehr erhebliche Besserstellung anerkennen wird. Es war seit langer Zeit nicht mehr zu verkennen, daß die Lage des Beamtenstandes sich verschlechtert hatte, daß die den gesteigerten Preisen und Bedürfnissen nicht mehr angemessen war. Das hat vielfach die Geschäftswelt selbst mittelbar empfinden müssen. Die Kaufkraft weiter Beamtenkreise war gesunken; während früher der Beamte als guter Kunde und pünktlicher Zahler galt, konnte man in den letzten Jahren leider häufig Klagen über lange Beanspruchung des Kredites auch durch die Beamtenlandschaft hören. Wenn das auch zunächst den Kleinhandel besonders betraf, so wirkte es doch allgemein auf die Zahlungsverhältnisse zurück. Die jetzt beabsichtigte erhebliche Verbesserung der Beamtengehälter ist zweifellos durch Steigerung der Kaufkraft ihren Weg zur allgemeinen Volkswirtschaft finden. Dies umso mehr, als gerade die Gehälter der zahlreichen mittleren und unteren Beamten am stärksten erhöht werden. Die Bezüge der am geringsten besoldeten Beamten usw., deren Gehälter bisher höchstens 1500 Mark jährlich betragen, sollen um 18,8 Prozent vermehrt werden. Für die 22500 mittleren Beamten, deren Gehälter bisher 4800 Mark erreichten, ist eine Aufbesserung um 12 1/2 Prozent im Gesamtbetrage von 5 1/2 Millionen Mark vorgesehen.

— Pensionsversicherung der Privatangehörigen. In den beteiligten Kreisen herrscht im Augenblick Unklarheit darüber, wie weit die Angelegenheit eigentlich gediehen sei. Wir können heute auf Grund besser Information versichern, daß der Staatssekretär des Inneren sein dem Reichstag im Dezember vorigen Jahres gegebenes Versprechen halten wird, recht bald eine neue Denkschrift über die Pensionsversicherung vorzulegen. Die eingehende und berechtigte Kritik, welche die auf Grund der — von den Privatangehörigen selbst veranstalteten — Umfrage bearbeitete erste Denkschrift hervorgerufen hat, konnte ja ihre Wirkung um so weniger verlieren, als auch die Arbeiten des Hauptauschusses zur Herbeiführung der